

Reaktion der FDP

Kantonalpräsident und Kantonsrat Raphael Frei reagiert wie folgt auf das heutige Communiqué der SP-Fraktion:

«Die Rhetorik der SP verwundert schon sehr. Einmal mehr folgt sie nicht sehr genau den Fakten und erhebt schwere Vorwürfe gegen denjenigen Teil des Parlaments, der seine Verantwortung gegenüber den Steuerzahlenden sowie den zukünftigen Generationen wahrnimmt. So handelt es sich bei den beschlossenen Massnahmen gegen das strukturelle Defizit nicht um einen Staatsabbau, sondern um die Wiederherstellung einer gesunden Finanzbasis für die Zukunft. Nur dank gesunder Finanzen kann der Staat Krisen aktiv bewältigen und den Menschen helfen. Zudem stehen nebst dem massiven Defizit im Jahr 2021 mit den St.Galler Spitälern massive Risiken in den Büchern des Kantons. Die FDP dankt Finanzdirektor Marc Mächler für den umsichtigen Einsatz von Steuergeldern und für die vorausschauende Planung.

Die Kampfrhetorik der SP, welche diese grundsätzlichen finanzpolitischen Entscheide mit der Corona-Krise in Zusammenhang bringen, ist unangebracht. So ist auch keines Falls der Steuerkompromiss in Frage gestellt. Die SP schreckt nicht davor zurück, Zusammenhänge herzustellen, die gar nicht vorhanden sind. Auf diesen Umstand hat die FDP bereits bei ähnlichen Äusserungen der SP zu den Individuellen Prämienverbilligungen hingewiesen.

In Bezug auf die Härtefallgelder ist für die FDP indes klar, dass der Kanton bei Härtefällen helfen muss, ohne Giesskannenartig Gelder an alle auszuschütten. Von Beginn weg hat sich die FDP für eine rasche und unbürokratische Hilfe eingesetzt – aber auch eine Hilfe, die am richtigen Ort ankommt. Es handelt sich eben um Hilfe für «Härtefälle». Die Kriterien dafür wurden indes nach sorgfältiger Abwägung durch das Kantonsparlament festgelegt. Dennoch hat der Kanton St.Gallen im Vergleich mit anderen grösseren Kantonen überdurchschnittlich viele Gesuche auf Härtefallunterstützungen bewilligt. In einigen Fällen hat die Ablehnung schlicht formelle Gründe wie den Umstand, dass die gesuchstellenden Unternehmen ihren Sitz nicht im Kanton St.Gallen haben oder nicht einer bezugsberechtigten Branche angehören. Die SP ignoriert auch hier die Fakten. Die FDP dankt dem Volkswirtschaftsdepartement unter Führung von Regierungsrat Beat Tinner, dass es grosse Anstrengungen angestellt hat, die Gesuche so rasch als möglich zu bearbeiten.»